

Gemeinsames Positionspapier vom Innenstadtforum Brandenburg und BBU

Städtebauförderung darf nicht geopfert werden!

Die Städtebauförderung war und ist in Brandenburg wie in den anderen ostdeutschen Ländern das entscheidende Instrument für die Revitalisierung und den Umbau der Städte. Nur so konnten die Jahrzehnte lange Vernachlässigung der Bausubstanz und die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen infolge der Wende bewältigt werden. Dieser Prozess ist in Brandenburg auf einem sehr guten Weg, der allerdings noch nicht abgeschlossen ist. So erfordert die Weiterentwicklung der Brandenburger Städte noch erhebliche öffentliche und private Investitionen, die sowohl aus den Anforderungen des Stadtumbaus als auch den nach wie vor bestehenden baulichen und städtebaulichen Defiziten in den Innenstädten bzw. historischen Stadtkernen resultieren. Darüber hinaus ist in den größeren Städten des Landes eine verstärkte Segregation zwischen Stadtkernen und den Wohngebieten der 70er und 80er Jahre festzustellen, denen nur mit städtischen Maßnahmen entgegengewirkt werden kann, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass auf Bundes- und Landesebene Kürzungen der Städtebauförderung vorgenommen werden sollen, zumal die Investitions- und Beschäftigungswirkung der Städtebauförderung völlig unbestritten ist. Dies haben verschiedene Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) aufgezeigt. So werden gerade die regionalen Arbeitsmärkte und der Mittelstand durch diese Förderung stabilisiert, da es insbesondere Klein- und Mittelbetriebe in der näheren Umgebung sind, die von den noch anstehenden Aufgaben profitieren. Vor allem darf aber auch die Anstoßwirkung der Städtebauförderung nicht übersehen werden, da die Fördermittel ein Vielfaches an Investitionen der Wohnungswirtschaft und unzähliger privater Investoren bewirken. Über diesen Multiplikatoreffekt finanziert sich die Städtebauförderung letztlich weitgehend selbst.

Aufgrund dieser vielfältig belegten positiven Effekte der Städtebauförderung fordern das Innenstadtforum Brandenburg und der Verband Berlin-Brandenburgische Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), dass bei der Städtebauförderung keine Kürzungen erfolgen sondern stattdessen große Straßenbaumaßnahmen zeitlich stärker gestreckt werden. Nur so wird es gelingen, dass Städte im Lande auch künftig ihre Funktionen als Anker im Raum und Heimat von über 1,7 Mio. Brandenburgerinnen und Brandenburgern erfüllen können.

Im **Innenstadtforum Brandenburg** sind 29 brandenburgische Städte organisiert, darunter vor allem die größeren Städte wie z.B. Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder), Eberswalde und Eisenhüttenstadt (vgl. www.innenstadtforum-brandenburg.de) Unter dem Dach des **BBU** sind 364 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen, davon rund 400.000 in gut 100 brandenburgischen Städten (vgl. www.bbu.de).

Potsdam, den 29.06.2010

Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde/
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Innenstadtforum Brandenburg

Dr. Wolfgang Schönfelder
Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.